

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
Nachmittag zur Ausgabe. — Bezugspreis je Monat 0.80 RM., frei
ins Dom. einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Mit-
ter“, „Der bessere Mann“, „Unterhaltungsbelle“, — Durch die Postanstalten
und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein
Schadenersatz geleistet.



Druckanschrift: Zeitung.

Die Millimeter-Anzeigen-Zeile kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig
ermäßigte Grundpreise nach Preislifte. Der Millimeterpreis für Anzeigen
im Textteil beträgt bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichspfennig. Für sämt-
liche Aufträge gelten die Bedingungen der ab 25. Nov. 1935 gültigen Preis-
liste Nr. 8. Anzeigenannahme am Erscheinungstage bis 9 Uhr Vormittags.
D. M. III 600

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Hauptschriftleiter und für den Anzeigenteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 45

Donnerstag, den 9. Ostermond 1936

29. Jahrgang.

Frankreichs Gegenvorschlüsse

Antwort auf den deutschen Friedensplan

Antwort auf den deutschen Friedensplan / Frankreichs Gegenvorschlüsse

Die französische Regierung veröffentlicht ihre Gegen-
vorschlüsse zum Friedensplan in Gestalt folgender Erklä-
rung: „Frankreich, seinen Ueberlieferungen getreu, erklärt,
daß es den Frieden nicht in Sicherheiten für sich allein oder
in unvollständigen Pakteten suchen will, die die Gefahr des
Krieges weiterbestehen lassen. Der Friede mit allen, der
absolutive und dauerhafte Friede, der Friede in der Gleich-
berechtigung, der vertrauensvolle Friede in der Ehre für
alle und in der Achtung vor dem gegebenen Wort, der
glückliche und sichere Friede durch nutzbringenden inter-
nationalen Austausch, der auf die tödliche Rivalität der
wirtschaftlichen Nationalismen folgt, der wahre Friede durch
eine umfassende Beschränkung der Rüstungen, die zur Ab-
rüstung führt, dieser Frieden ist es, den die Regierung der
französischen Republik den anderen Staaten unter Bedin-
gungen anbietet, die trotz ihres Ernstes Europa neue Mög-
lichkeiten für eine Einigung zu bieten scheinen. Eine kleine
Anzahl von genau festgelegten Regeln muß es allen Rege-
rungen guten Willens, die dem friedlichen Wunsch der
Völker Rechnung tragen, erlauben, sich zu einigen und da-
durch zu beweisen, daß ihnen folgende aufbauende Gedan-
ken gemeinsam sind: Kollektive Sicherheiten, gegenseitiger
Beistand, Abrüstung, wirtschaftliche Zusammenarbeit, euro-
päischer Zusammenschluß der Kreditquellen, der Arbeit, der
Intelligenz und des Willens der Völker für den Frieden
gegen den Krieg, für den Wohlstand gegen das Elend. Das
sind die großen Linien des Aktionsplanes für den Frieden,
den die aus dem französischen Volke herorgegangene Re-
gierung in seinem Namen anbietet.“ Die Erklärung enthält
nun in ihrem Teil 1 folgende

Grundzüge:

1. Der erste Grundsatz für internationale Beziehungen
muß die Anerkennung der Gleichberechtigung und der Un-
abhängigkeit aller Staaten ebenso wie die Achtung vor über-
nommenen Verpflichtungen sein.
2. Es gibt keinen dauerhaften Frieden zwischen den Völ-
kern, wenn dieser Friede Veränderungen unterworfen ist,
die sich aus den Bedürfnissen und dem Ehrgeiz eines jeden
Volkes herleiten.
3. Es gibt keine wahre Sicherheit in den interna-
tionalen Beziehungen, wenn alle Konflikte, die zwischen den
Staaten auftreten könnten, nicht nach dem internationalen,
für alle obligatorischen Recht gelöst werden, das durch ein
internationales, unparteiisches, souveränes Gericht ausgelegt
wird und das durch die Kräfte aller in der internationalen
Gemeinschaft vereinigten Mitglieder garantiert wird.
4. Die Gleichberechtigung ist kein Hindernis dafür, daß
ein Staat in gewissen Fällen freiwillig und im Allgemein-
interesse die Ausübung seiner Oberhoheit und seiner Rechts-
befugnisse beschränkt.
5. Diese Beschränkung ist vor allem in der Frage der
Rüstungen notwendig, um jede Gefahr der Hegemonie eines
stärkeren Volkes über die schwächeren Völker auszuschließen.
6. Die bestehende Ungleichheit zwischen den Völkern
muß im Schoße der internationalen Gemeinschaft durch den
gegenseitigen Beistand gegen jede Verletzung des interna-
tionalen Rechts ausgeglichen werden.
7. Wenn der gegenseitige Beistand im universellen Rah-
men des Völkerbundes bereit noch nur schwer in rascher
und nützlicher Form zu verwirklichen ist, so muß hier mit
regionalen Abkommen ausgeholfen werden. Der zweite Teil
enthält dann folgende

„Politische Dispositionen“

8. Eine typische regionale Einheit ist in Gestalt Europas
vorhanden, dessen eigene Entwicklung die Organisation der
Sicherheit auf den oben angeführten Grundlagen sehr viel
leichter macht.
9. Selbst wenn die Erfahrung Lehren sollte, daß Europa
ein zu weites Gebiet ist, um die kollektive Sicherheit durch
gegenseitigen Beistand oder Abrüstung durchzuführen, so muß
hier mit der Organisation von regionalen Verständigungen
im europäischen Rahmen eingeleitet werden.
10. Diese Organisation muß einem europäischen Aus-
schuß übertragen werden, der im Rahmen des Völkerbundes
gebündelt wird.
11. Das internationale Recht fordert die Achtung von
Verträgen. Kein Vertrag kann als unveränderlich ange-
sehen werden, aber kein Vertrag kann einseitig zurückgewor-
fen werden. In der Neuorganisation Europas, wo alle

gleichberechtigten Völker sich freiwillig vereinigen, wird sich
jeder Staat verpflichten, den Territorialbestand seiner Mit-
glieder zu achten, der nur im Einverständnis mit allen ge-
ändert werden kann. Keine Forderung auf Veränderung
kann vor 25 Jahren eingebracht werden. Die europäischen,
oder regionalen Verträge, die die Unabhängigkeit der Staa-
ten betreffen, ebenso wie jede nach Vereinbarung angenom-
mene Beschränkung der Souveränität, besonders in der
Frage der Rüstungen, werden unter die gemeinsame Garan-
tie der vereinigten Mächte gestellt. Zu diesem Zweck sind be-
sondere Dispositionen vorgesehen, um nach der durch die
dieser Verträge Sanktionsmaßnahmen ergreifen zu können,
die, wenn es sein muß, bis zur Anwendung von Gewalt,
zum Zweck der Wiederherstellung des internationalen Rechts
gehen können.

12. Um den Pflichten des gegenseitigen Beistandes ge-
recht zu werden, werden die im europäischen oder im regio-
nalen Rahmen vereinigten Staaten eine besondere und stän-
dige militärische Streitmacht unterhalten, die auch Luftstrei-
kräfte und Marine umfaßt, und die dem Europa-Ausschuß
oder dem Völkerbund zur Verfügung steht.

Rüstungsbeschränkung durch Zweidrittelmehrheit

13. Die ständige Kontrolle über die Durchführung der
Verträge im europäischen oder regionalen Rahmen wird
durch den Europa-Ausschuß organisiert. Alle vereinigten
europäischen Staaten verpflichten sich, diese Kontrolle zu er-
leichtern und die Durchführung der Beschlüsse, die diese Kon-
trolle hervorgerufen könnte, sicherzustellen.

14. Nachdem die kollektive Sicherheit im europäischen
oder regionalen Rahmen durch den gegenseitigen Beistand
organisiert worden ist, wird zu einer weitgehenden Abrüs-
tung aller Bewaffnungen gefritten. Die Rüstungsbeschränkung
eines jeden Staates wird durch Zweidrittelmehrheit des
Europa-Ausschusses oder durch irgendein anderes Organ be-
stimmt, das vom Völkerbundsrat ausgerufen werden ist. Je-
der Staat hat das Recht, einen ständigen internationalen
Schlichtungsrat anrufen, der zu diesem Zweck vom Völ-
kerbundsrat geschaffen wird, und der beauftragt sein wird,
besonders über die Durchführung der im Artikel 5 niederge-
legten Grundzüge zu wachen.

15. Alle augenblicklich im europäischen Rahmen be-
stehenden Verträge ebenso wie diejenigen, die in Zukunft
zwischen zwei oder drei Mitgliedern der europäischen Gemein-
schaft abgeschlossen werden könnten, müssen dem Europa-Aus-
schuß unterbreitet werden, der mit Zweidrittelmehrheit be-
schließen kann, ob sie mit den europäischen Pakteten, wie sie
in Artikel 8 oder 9 vorgesehen sind, vereinbar sind. Diese
Dispositionen werden ebenso auf die wirtschaftlichen wie die
politischen Abkommen angewandt.

Abchnitt III der Erklärung trägt die Ueberschrift:

Der Wirtschaftsriede

16. Wenn es als feststehend angesehen werden kann,
daß der Wohlstand der Völker und, ohne zu ver-
sprechen, die Verminderung ihrer augenblicklichen Leiden
nur durch die Festigung eines dauerhaften und auf gleichen
und ehrlichen Beziehungen aufgebauten Friedens erreicht
werden kann, so muß nach der Beendigung des politischen
Werks der Herstellung des Friedens die wirtschaftliche Zu-
sammenarbeit der Völker organisiert werden.

17. Die rationelle Organisation des gegenseitigen Aus-
tauschs stellt die Grundlage der wirtschaftlichen Zusammen-
arbeit dar.

18. Die Erweiterung der Absatzgebiete stellt eine erste
Lösung dar. Eine erste Erweiterung muß in einem Meist-
begünstigungs-system gefunden werden, das auf den euro-
päischen Austausch angewandt wird. Wirtschaftliche Son-
derbeziehungen kann man sogar bis zur teilweise oder voll-
ständigen Zollunion führen, wodurch die wirtschaftlichen Be-
dingungen verschiedener europäischer Bezirke fühlbar ver-
bessert würden.

19. Die Sicherheit im Warenaustausch ist ein zweiter
Faktor des wirtschaftlichen Fortschrittes.

Europäischer Zollwettbewerbsstand

Einerseits muß der Warenaustausch durch eine inter-
nationale oder mindestens europäische Konvention gesichert
werden, um Garantien zu schaffen gegen die Mißbräuche
des mittelbaren oder unmittelbaren Protektionismus. Der
Konventionstext für eine gemeinsame wirtschaftliche Union,
der im Jahre 1931 vom Völkerbund aufgestellt worden
ist, muß zu diesem Zweck wieder aufgearbeitet werden.

Andererseits muß der internationale Warenaustausch
gesichert werden gegen das mißbräuchliche Eingreifen der
Staaten. Der Abschluß eines europäischen Zollwettbewerbs-
standes, der durch einen vollständigen Anseich der Währungen

in Europa möglich gemacht würde, ist ebenso notwendig
wie die Schaffung eines internationalen Warenaustausch-
gerichtshofes, der die Kündigung der Handelsabkommen
und den Abbruch wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den
Völkern verhindern würde, die der Regulierung und der
Entwicklung des Warenaustausches so nachteilig sind.
Schließlich müssen die Währungsschwankungen und die Ver-
knappung des internationalen Kredits bekämpft werden, und
zwar besonders durch eine Geld- und Kreditorganisation
im europäischen Rahmen.

Die Kolonialfrage

20. Die doppelte Notwendigkeit eines gemeinsamen
Rohstoffeuropas und eines Absatzgebietes für den Ueber-
schuß der europäischen Erzeugung müssen zu einer Revision
gewisser Kolonialstatute führen, nicht auf dem Gebiete der
politischen Souveränität, sondern unter dem Gesichtspunkt
der Gleichheit der wirtschaftlichen Rechte und der Kredit-
zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten, die sich
als Gesellschaften und nicht als Rivalen betrachten müssen,
nachdem die kollektive Sicherheit und der gegenseitige Be-
istand durchgeföhrt sein werden.

21. Alle diese Probleme müssen, sobald die politische
Sicherheit wieder hergestellt sein wird, durch eine Sonder-
abteilung des Europa-Ausschusses behandelt werden, bevor
sie, falls dies notwendig erscheint, dem Völkerbund oder
einer allgemeinen Konferenz unterbreitet werden, zu der
auch die Nichtmitgliedstaaten des Völkerbundes einzuladen
wären.

Die Rolle des Völkerbundes

Der Teil 4 enthält die Schlußdispositionen.

22. In dem vorliegenden Friedensplan darf nichts als
dem Völkerbundsakt entgegengesetzt oder als der Durchfüh-
rung des Völkerbundsaktes Hindernisse bereidend betrachtet
werden. Der Plan und, falls ein solcher notwendig werden
sollte, der provisorische Pakt müssen so abgestimmt werden,
daß Abkommen Rechnung getragen wird, die zwischen den
Vertragsschließenden abgeschlossen werden könnten.

23. Es wird angeregt, daß die in dem vorliegenden
Plan angeführten Organisationen (soweit wie möglich) solche
sein sollen, die bereits innerhalb des Völkerbundes bestehen
oder daß der Völkerbund aufgefordert wird, die Organisa-
tionen zu schaffen, die noch nicht bestehen. Die endgültige
Zustimmung zum Friedensplan setzt die Zustimmung zum
Völkerbundsakt voraus, dessen Grundzüge das oberste Ge-
setz der Vertragsschließenden bleiben.

24. Die Nichtzustimmung zu diesem Plan seitens eines
oder jenes Staates der europäischen Gemeinschaft würde
das Inkrafttreten des Planes zwischen den anderen Staaten,
die sich zu dem Plan bekennen, nicht hindern. Der Plan
müßte nur entsprechend abgeändert werden, besonders so-
weit die Organisation der kollektiven Sicherheit, des ge-
genseitigen Beistandes und der Abrüstung in Frage käme.

Die französische Denkschrift

Wahlföhe Zusammenstellung aller Vorschläge

Die französische Abordnung in Genf hat jetzt den Ge-
genplan Frankreichs bekanntgegeben, der eine Erwiderung
auf den deutschen Friedensplan darstellt. Die Vorschläge
der französischen Regierung sehen sich zusammen aus den
Bestandteilen aller seit 1924 von Frankreich aufgestellten
Pläne, alles in allem eine Auffrischung überlebter Europa-
pläne, in denen man keinen neuen Beitrag zur Lösung der
europäischen Frage erblicken kann. Bei der französischen
Veröffentlichung handelt es sich um zwei Schriftstücke:

1. Eine Denkschrift an die englische Regierung,
worin die französische Regierung zu dem deutschen Friedens-
plan vom 1. April Stellung nimmt. Dieses Memorandum
wurde auch der italienischen und der belgischen Regierung
mitgeteilt.

2. Einen Plan, in dem die französische Regierung ihre
Ansichten über die Festigung des Friedens Europas darlegt.
Der Plan bezieht sich auf den Ausbau der kollektiven Sicher-
heit, sowie eine wirtschaftliche und finanzielle Organisation
im Rahmen des Völkerbundes unter besonderer Berücksich-
tigung der Bedürfnisse der europäischen Staaten.

Dieser Plan ist an die drei Rest-Locarnomächte gerichtet.
Zusätzlich werden Finland und Paul-Boncour den Vertre-
tern dieser drei Mächte die Auffassung der französischen Re-
gierung über die Beschlüsse darlegen, die „auf Grund der legi-
timen Londoner Befragungen die Haltung der deutschen Re-
gierung gegenüber den Bestimmungen der Vereinbarung
vom 19. März notwendig mache.“

(Fortsetzung Seite 2)

Die französische Denkschrift zu dem deutschen Friedensplan vom 31. März geht von der höchst anfechtbaren Behauptung aus, daß Frankreich nach dem Einbruch der deutschen Streitkräfte in die entmilitarisierte Zone berechtigt gewesen sei, unverzüglich „die geeigneten Maßnahmen“ zu ergreifen, um die Reichsgefehrlichkeiten wiederherzustellen und den „feindlichen Akt“ zu ahnden, den die deutsche Initiative darstellte. In dem Bestreben, Europa neue Verwicklungen zu erparieren, habe sie es nicht getan. Sie habe den Völkerbund erst durch die Zuvorbedingung gegen den Vertrag festzustellen, gleichzeitig habe sie zusammen mit den übrigen Völkern die Möglichkeit einer gütlichen Lösung zu wahren. Die Londoner Vereinbarungen, so glaubt die französische Regierung, verpflichten zu müssen, haben den berechtigten Empfindlichkeiten Deutschlands weitgehend Rechnung getragen. Die deutsche Regierung lehne trotzdem die Vorschläge vom 19. März als eine Beeinträchtigung der Ehre des deutschen Volkes und als eine Verweigerung der deutschen Gleichberechtigung ab. Demgegenüber betont die französische Denkschrift, daß niemand die Unabhängigkeit des deutschen Volkes bedrohe (?) und ihm die Gleichberechtigung verweigere, noch seine Ehre beeinträchtige. Es sei denn, daß es einen Anschlag auf die Ehre eines Volkes darstelle, wenn man dieses Volk an die Achtung der Verträge erinnere.

Im zweiten Teil der Denkschrift versucht die französische Regierung, die deutsche Beweisführung zu widerlegen, wonach die Entmilitarisierungsbefugnisse für das Rheinland im Widerspruch zu den Grundlagen stünden, auf denen der Waffenstillstand und der Friede abgeschlossen worden seien. Die Entmilitarisierung des Rheinlandes sei, so meint die französische Denkschrift, lediglich eine Sicherheitsgarantie gegen neue Unternehmungen Deutschlands gewesen und habe keinen der vierzehn Punkte des Präsidenten Wilson verletzt. Weiter wendet sich die französische Denkschrift dagegen, daß der Locarnovertrag unter dem Zwang der Ruhrbesetzung ausgehandelt worden sei. Im Locarnovertrag habe Deutschland die entmilitarisierte Zone freiwillig anerkannt. Diese Grundlage des Friedens im Westen habe die Politik des Reiches bedeutend gefördert.

In ihren weiteren Ausführungen nimmt die französische Denkschrift Bezug auf die Feststellung des deutschen Memorandums, daß keine Nation freiwillig, ohne äußeren Druck auf ihre souveränen Rechte verzichten könne und daß den französischen Entmilitarisierungsbefugnissen der Zwang der Notwendigkeit zugrunde liege. Die Tragweite dieses „selbständigen Anspruchs Deutschlands“ müsse Europa wohl abwägen. Im Zusammenhang damit äußert die französische Denkschrift Bedenken, daß Deutschland auf Grund der von ihm vertretenen Rechtsbasis morgen das Statut von Danzig, von Memel, von Desterrie in Frage stellen könnte, oder daß es diese oder jene Grenzregion in Europa, diese oder jene Zurückgabe deutscher Kolonialgebiete verlangen könnte. Die französische Regierung glaube, daß die Reichsregierung alle diese Fragen darstellen müsse, da kein Friedensplan auf einer für die Aufrechterhaltung des Friedens so gefährlichen Zweideutigkeit aufgebaut werden könne.

Weiter weist die französische Regierung darauf hin, daß keine der anderen Locarnomächte jemals anerkannt habe, daß der französisch-russische Pakt mit diesem Vertrag unvereinbar sei. Anders das Reich nochmals die Befugnisse des Internationalen Gerichtshofes mit seinem Anspruch ablehne, gelte es die Schwäche seiner juristischen Beweisführung ein. Deutschland wolle nicht nach dem Haag gehen, weil es wisse, daß der Gerichtshof die deutsche Auffassung abweisen würde.

Die französische Regierung weist dann auf die Verhandlungsbereitschaft der Locarnomächte hin, betont aber, daß ein Verhandeln auf der Grundlage der vollendeten Tatsache unmöglich gewesen sei. Die vier Regierungen hätten von Deutschland lediglich die notwendige Geste zur Wiederherstellung des von ihm so schwer erschütterten Vertrauens verlangt. Die Denkschrift gibt dann im einzelnen die Forderungen der Locarnomächte auf und stellt schließlich fest, daß die Verständigungen widerhall gefunden hätten.

Am Anschluß daran verteidigt sich die französische Denkschrift zu der unbegründeten Behauptung, daß der deutsche Friedensplan leider mehr Schein als Wirklichkeit sei. So wird die Aufrichtigkeit des deutschen Vorschlags auf Abschluß von Nichtangriffspakten und eines westeuropäischen Luftpactes in Zweifel gezogen und die Forderungen der Locarnomächte auf Befriedigung der Befestigungen im Rheinland als Prüffstein dafür bezeichnet, ob das Reich bereit sei, auch in Latein den Grundlag der kollektiven Sicherheit anzuerkennen. Am übrigen wird in der französischen Denkschrift

gezeigt, wie sehr die deutschen Gegenvorschläge zur Festlegung des Friedens in Europa ausgeprochen ungenügend seien. Die französische Regierung macht es Deutschland zum Vorwurf, daß es die Nichtangriffspakete, die es mit seinen Grenzpartnern im Südosten und Nordwesten abschließen will, nicht in ein kollektives System einzufügen beabsichtigt ist und nicht mit der Garantie des gegenseitigen Beistandes ausstatten will. Die europäische Sicherheit gelte ein Ganzes, und der Grundgedanke der kollektiven Sicherheit könne nicht nur für einen Teil des Kontinents. Frankreich ziehe, um derentwillen es sich an der Sicherheit des übrigen Europa desinteressieren müßte. Die französische Denkschrift findet es merkwürdig, daß Deutschland nicht in seinem eigenen Interesse den Abschluß irgendeines Nichtangriffspactes mit der Sowjetunion beabsichtige, während es noch vor einem Jahr zu einem Abschluß eines solchen Abkommens bereit gewesen sei.

Gegenüber der Bereitwilligkeit Deutschlands, in den Völkerbund zurückzukehren, wirft die französische Regierung die Frage auf, wie Deutschland vor der Lösung der Krise, die es durch seine Politik der „vollendeten Tatsache“ hervorgerufen habe, als ein Staat betrachtet werden könnte, der „tatsächliche Bürgerpflichten“ für seine ernstliche Absicht gäbe, seine internationalen Verpflichtungen einzuführen. Die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund würde sich gegenwärtig in Unklarheit vollziehen.

Auch die Abrüstungsvorschläge der Reichsregierung werden in der französischen Denkschrift stark in Zweifel gezogen. Die französische Regierung vermisst eine „quantitative Begrenzung“ und die Einrichtung eines wirksamen Kontrollsystems. Die von Deutschland vorgeschlagene Humanisierung (Verbot des Abwurfs von Gift- und Brandbomben) sei bereits in dem Genfer Protokoll von 1925 enthalten.

Auch Hitlers Vorschläge über die Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen werden von der französischen Regierung mit Vorbehalt aufgenommen. Sie will es zwar „keineswegs ablehnen“, unmittelbar mit der Reichsregierung nach den Mitteln zu suchen, um den Verständigungsbestrebungen einen neuen Antrieb zu geben, aber es verleihe sich von selbst, daß Absichten dieser Art in dem geplanten System allgemeiner Abkommen nicht an ihrem Platze seien. Soweit es sich um die moralische Abrüstung handle, habe der Völkerbund bereits wichtige Vorarbeiten geleistet.

Zum Abschluß wirft die französische Denkschrift noch einmal die Frage auf, ob das Lebensrecht eines Volkes zur einseitigen Annulierung der eingegangenen Verpflichtungen berechtige. Keine europäische Regierung könne sich auf den Abschluß neuer Abkommen einlassen, ehe sie hierauf eine klare Antwort vernommen habe. Und noch unmittelbar könne der deutschen Regierung eine andere Frage gestellt werden: Erkenne Deutschland ohne jeden Vorbehalt das territoriale und politische Statut des gegenwärtigen Europa an? Erkenne es an, daß die Einhaltung dieses Statuts durch Abkommen auf der Grundlage der gegenseitigen Hilfeleistung garantiert werden könne? Die in London am 1. April überreichten Vorschläge — so stellt die französische Denkschrift abschließend fest — schmeiße sich hierüber aus.

Dient man so dem Frieden?

Schon die kurze Inhaltsangabe der französischen Denkschrift läßt erkennen, daß die französische Regierung von einer objektiven Würdigung des großzügigen deutschen Friedensangebotes noch weit entfernt ist. Es klingt geradezu wie ein Hoh, wenn die Pariser Regierung behauptet, daß die Londoner Vereinbarungen auf die „berechtigten Empfindlichkeiten“ Rücksicht genommen hätten und niemand Deutschland die Gleichberechtigung verweigern wolle. Stellt etwa nicht die Zumutung einer Besetzung deutschen Hoheitsgebietes durch fremde Truppen eine untragbare Beeinträchtigung der deutschen Gleichberechtigung dar?

Frankreich glaubt, um immer wieder an die Notwendigkeit der Achtung der Verträge erinnern zu müssen, geht aber wortlos über die Tatsache hinweg, daß es durch den Pakt mit Moskau den Locarnovertrag überhaupt erst wertlos gemacht hat. Nicht wir, sondern Frankreich ist verträglich geworden. Das muß immer wieder vor aller Welt und mit aller Deutlichkeit festgelegt werden. Deutschland hält jeden Vertrag, der mit seiner Ehre und seiner Freiheit vereinbar ist. Der Führer selbst hat sich dafür verbürgt, und wir müssen jeden Zweifel an seinem Worte aufschärfte ausräumen. Frankreich hat sich im Laufe des

letzten Jahrhunderts so oft in trassierter Weise über seine Verpflichtungen hinweggesetzt, daß es am allerwenigsten Anlaß hat, sich über „Vertragsbrüche“ anderer Nationen zu entsetzen und von ihnen neue Beweise „zur Wiederherstellung des erschütterten Vertrauens“ zu verlangen.

Genf enttäuscht

Die Denkschrift und die Gegenvorschläge der französischen Regierung werden in Genf im weitestgehenden Schriftstücke betrachtet, die aus den Notwendigkeiten des französischen Wahlkampfes entstanden sind. Besonders als „konstruktiv“ angekündigte Plan hat allgemein enttäuscht, weil er, wie man erklärt, an Stelle praktisch realisierbarer Vorschläge lediglich eine Zusammenstellung geistiger Schlagworte und Formeln enthält. Die Ablehnung, die Plan in Genf erfahren hat, ist zum Teil sehr bedauerlich. Man spricht mit Vorliebe davon, daß hier wieder einmal die ältesten Cadenhäuser der internationalen Politik enttäuscht worden seien.

Der französische Außenminister wird, wie verlautet, in einigen Tagen, also am Ende der Botschaften, Locarno-Mächte, beantragen, daß die französischen Vorschläge auf die Tagesordnung des Rates gesetzt werden. In französischen Kreisen erwartet man jedoch, daß die Förderung der Gegenvorschläge erst auf der ordentlichen Tagung stattfinden wird.

Verhandlungen mit Italien

Hinsichtlich der Schlichtungsbestrebungen zwischen Italien und Albanien hat der Dreizehner-Ausschuß des Völkerbundesrates beschlossen, daß der Vorstehende des Völkerbundesrates, Baron Aloisi, der zur Zeit in Wien an den Locarno-Besprechungen in Genf eingetroffen ist, Verbindung sehen sollen.

Der englische Außenminister Eden hat dem Auschuß eine Denkschrift über die Verwendung von Offizieren italienischer Truppen vorgelegt. Ein juristischer Unterausschuß wird prüfen, ob die Verletzungen des Kriegsrechts im Zuständigkeitsbereich des Dreizehner-Ausschusses oder der Völkerbundsates gehören.

Der Führer in Effen

Mülheim a. d. Ruhr, 9. April. Der Führer stattete dem greisen Geheimrat Kretschmer in seinem Haus in Mülheim (Ruhr) einen Besuch ab, um ihm persönlich seine Glückwünsche zum 89. Geburtstag auszusprechen. Geheimrat Kretschmer ist Träger des goldenen Ehrenzeichens der Partei. Am Vormittag besichtigte der Führer einige Industrieerwerke in Effen. Die Besichtigung des Industriegebietes, die am 29. März in die übermündete der Weile ihr einmündiges Bekenntnis zum Führer abgab, bereitete ihm bei seiner erneuten Anwesenheit in Mülheim einen überaus herzlichen Empfang.

Auch Verheiratete dienlich

Es ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß verheiratete Dienstpflichtige von der Ableistung der Arbeitsdienstpflicht oder der Erfüllung der aktiven Dienstpflicht in der Wehrmacht zurückgestellt würden. Der Reichs- und preussische Minister des Innern hatte hierzu bereits im vergangenen Jahre darauf hingewiesen, daß die Verheiratung kein Dienstpflichtigen kein Zurückstellungsgrund ist. Im Hinblick auf die bevorstehende Musterung und Aushebung mit neu auf diese Tatsache aufmerksam gemacht.

Weitere Mittel für Volkshäuser

Im Jahre 1935 hat der Reichs- und preussische Arbeitsminister zur Förderung des Baues von Volkshäusern zunächst 35 Millionen RM aus Reichsmitteln bereitgestellt. Bei der Mitteilung hierüber in der Tagespresse sind besonders auch die Bestimmungen über die Bauweise dieser Häuser, über die Mieten sowie über die Höhe des Zuschusses und die besonderen Vergünstigungen bei der Unterbringung linderreicher Familien veröffentlicht worden. Da der Bedarf an solchen Volkshäusern sehr groß ist, hat der Reichs- und preussische Arbeitsminister jetzt noch 7 Millionen RM bereitgestellt.

Jugend durch Amerika

ROMAN VON HANS HIRTHAMMER

(87. Fortsetzung)

Jenez ergriff ihre Hand. „Sigrid, schau, du hast doch uns! Kurt und ich, wir werden dir immer gute Kameraden sein. — Wie verstehst du dich denn mit Elisabeth?“ „Ach, Frau von Wald, ich viel zu sehr in ihren Mann vernarrt, als daß außer ihm noch irgend jemand in ihrem Herzen Platz hätte.“ „Nein, ich glaube, da erteilst du ungerecht. — Aber nun komm mit in den Garten! Du gehörst zu uns! Mag die Frau Generaldirektor blau werden vor Ärger!“

Sigrids Erscheinen an dem sonntäglichen Kaffeetisch wurde von Kurt Ullrich mit freudigem Hallo, von dem alten Ullrich mit einem aufmunternden Schminzeln beantwortet. Die übrigen zogen es vor, von ihrer Ankunft nicht besonders Kenntnis zu nehmen.

Kurt machte Sigrid an seiner Seite Platz und begann sich eifrig mit ihr zu unterhalten, ohne sich durch das gelegentliche Hüpfen und Klappern seiner Mutter darin unterbrechen zu lassen.

Später schlug Herr von Wald eine Partie Tennis vor. „Ein fabelhafter Gedanke!“ rief Kurt. „Kommen Sie, Fräulein Sigrid, wir wollen mal unsere Kunst verfeinern.“

Frau Ullrich hob rasch den Kopf. „Ach, Fräulein Röder, möchten Sie vielleicht so liebenswürdig sein und vorher das Geschirr hineinbringen? Sie könnten bei dieser Gelegenheit auch gleich anfangen, die Brötchen für den Abendstisch herzurichten. Bitte ja?“

„Aber gern!“ stammelte Sigrid.

Kurt zerrückte den Rest seiner Zigarette. „Ich möchte dich sehr bitten, Mutter, Fräulein Sigrid sehr endlich

ein bißchen Ruhe zu gönnen. Schließlich ist sie doch hier nicht als Dienstmädchen angestellt.“

„Aber Kurt! Wozu die Aufregung? Fräulein Röder tut mir doch gern den Gefallen; nicht wahr, Fräulein?“

Sigrid magte weder Ja noch Nein zu sagen, so befehlend hatte Kurt Ullrich an ihren Augen.

Es war Jenez, die die drohende Auseinandersetzung gerade noch rechtzeitig verhinderte. „Paßt mal auf, Kinder!“ rief sie fröhlich und klatschte in die Hände. „Wir helfen alle mit! Nur die Gelehrten sind davon befreit!“

So geschah es auch. Kurt bekam ein Auftragsbrett in die Hand gedrückt, Jenez betrat sich mit der Kuchenplatte und Sigrid bildete mit der Kaffee- und Milchkanne den Schluß.

Als sie in der Küche angelangt waren, klingelte es an der Haustür. „Erwartet ihr noch Besuch?“ fragte Kurt.

Sigrid schüttelte den Kopf und spähte durch das Fenster auf die Straße.

An der Bordkante stand ein fabelhafter Wagen, in dessen meergrünem Lackaufstrich sich die Nachmittagssonne spiegelte.

Des Mädchens bewundernder Ausruf lockte auch Kurt ans Fenster. „Donnerwetter!“ entfuhr es ihm. „Ein nagelneuer Achtzylinder! So etwas hätte ich mir auch schon immer gewünscht. — Ich werde nachsehen, wahrscheinlich ein Besuch für Vater!“

Als Kurt Ullrich die Haustür öffnete, sah er sich einem jungen Mann in hellgrünem, elegant geschnittenem Sakko gegenüber, der gerade den Federhatsch abstreifte.

„Entschuldigen Sie die Störung, mein Herr! Ich hätte gern Fräulein Ullrich gesprochen.“

Kurt machte ein befremdetes Gesicht. „Um, Sie meinen wohl Frau Wald? Meine Schwester ist nämlich seit zwei Monaten verheiratet.“

Die Wirkung dieser Worte war eine sehr sonderbare. Tiefste Bestürzung malte sich auf dem Gesicht des Frem-

den. Bald darauf jedoch änderte sich der Ausdruck seines Mienen, so etwa, als hätte er sich von etwas Dringendem, Unangenehmem befreit.

„Sie sind — Kurt Ullrich?“ fragte er endlich, mit feierlich verhaltenen, beschwingten Stimme.

„Allerdings.“

„Sie werden kaum ahnen, wie sehr ich mich freue, Sie kennenzulernen! Nämlich — bitte, ersparen Sie mir — mein Name ist — Walter Holland! Ich bin derselbe hinter dem Sie in Braxillen her waren.“

„Was — was sagen Sie da? Herr — um Himmel, wollen, machen Sie keine Witze! Das ist doch — Sie gibt — ja ja gar nicht!“

„Ich weiß! Sie glauben, ich sei damals von dem Delirios kaltgemacht worden. Wenn Sie mit ein paar Minuten widmen wollen, will ich Ihnen gern erzählen, wie sich alles zutrug.“

Kurt führte den Besucher in ein kleines Rauchzimmer. Er war so ergriffen und erregt, daß er kein Wort herausbrachte.

Wenn das wirklich Walter Holland war — dachte Kurt, welches eine wunderbare Überraschung für Sie! Als die beiden Mädchen in der Küche waren, Minuten gewartet hatten, verloren sie die Geduld.

„Wie findest du das, Sigrid?“ meldete sich Jenez. Die Gefragte zuckte die Schultern. „Ich finde es unerhört!“ erklärte Jenez. — „Aber die Brötchen? Wenn Frau Ullrich —“

„Unfinn! Das hat Zeit bis zum Abend. Kurt und ich helfen.“

Sie verließen die Küche und überquerten die Diele. In der Nähe des Rauchzimmers verließ Jenez die Schritte. „Ich möchte mal hören!“ sagte sie aus dem Hinterland. „Soll ich?“

„Aber nein, Jenez, geh doch!“

„Ein ganz klein bißchen werde ich hören. Ich weiß doch wissen, was Kurtchen für vornehme Freunde hat.“

(Schluß folgt)

Zum Karfreitag.

Geisungen a. d. Werra. Eine furchtbare Bluttat ließ am Sonntag nachmittag auf einem Bauergut in Dippach bei Geisungen ab. Im Verlaufe eines eites Abends der 23-jährige Walter Reil seinen 53-jährigen Vater Adam Reil mit einem Knüttel zu Boden. m Reil wurde so schwer verletzt, daß er bald danach m. Der Täter stellte sich der Polizei. Die Gründe zu Bluttat liegen in zerrütteten Familienverhältnissen.

Räuberüberfall in Nordgriechen. Bewaffnete Räuber überfielen auf der Straße Antiochia-Alexandrette einen Karawanenbus mit 12 Fahrgästen und drei weitere Kraftwagen. Sie erbeuteten dabei über 1000 Irgische Pfund. Als ein Kraftwagen mit zwei französischen Soldaten herantam und diese auf die Räuber feuerten, erwiderten die Verbrecher die Schüsse. Sie töteten einen Untersoffizier. Sodann flohen sie über die türkische Grenze.

Das Baugrubenunglück in der Hermann-Göring-Straße

Im Berliner Bauunglücksprozeß wurden der zwischen der Berlinischen Baugesellschaft und der Reichsbahn abgeschlossene Bauvertrag sowie anderes Schriftmaterial vorgelesen, das zum Gegenstand des Prozesses gemacht werden soll. Die Schwierigkeit des Baubchnittes Hermann-Göring-Straße lag, so führte der Angeklagte Hoffmann aus, vor allem in der mehrfachen Aneinanderänderung. Die Anfer-

Wir machen unsere geehrte Leserschaft darauf aufmerksam, daß wir am 3. Feiertag mit dem Roman

beginnen. Es ist ein äußerst spannender Roman, der mit viel Interesse gelesen werden wird.

Die Schriftleitung.

tigung der Bauzeichnungen konnte nicht mit der Aenderung der Projekte Schritt halten.

Die Notwendigkeit der Projektänderung ergab sich aus dem technischen Erfordernis, neben den beiden Verkehrsgleisen für die durchlaufenden Güze zwei Abstell- und Kehrschienen zu schaffen. Die Anlage steht auf dem Standpunkt, daß im Hinblick auf die weitere Vertiefung der Baugrube eine Raumtammung der Eisenträger hätte vorgenommen werden müssen, um wieder die vorgedriebene Einbindetiefe herzustellen. Wenn und solange diese Sicherungsmaßnahmen nicht ergriffen wurden, hätte — nach Auffassung der Anlage — die Grube wenigstens vorübergehend stillgelegt werden müssen. Vor Verschlag des Bauleiters Noth sollte die mangelnde Einbindetiefe durch Betonpfeiler ersetzt werden, die man um die Güße der eingerammten Träger legen wollte. Dazu waren jedoch sehr eingehende Berechnungen erforderlich. Die Vorarbeiten nahmen geraume Zeit in Anspruch, und inzwischen brach das Unglück über die Baugrube herein.

Es ist, wie der Angeklagte Hoffmann erklärte, niemals die Rede von einer Stilllegung unter dem Gesichtspunkte der Gefährdung heraus gewesen. Eine Neumangement sei sehr kostspielig und auch schwierig gewesen mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit, den Verkehr in der Hermann-Göring-Straße nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten. Reichsbahnrat Beyher bestätigte diese Darstellung im wesentlichen und erklärte, Noth habe niemals ernsthaft eine Stilllegung aus dem Gesichtspunkte der Gefährdung verlangt.

Merito. 8. April. Der Nachschnellzug zwischen Vera-
cruz und Merito-Stadt ist nachts infolge eines verbreche-
rischen Anschlages verunglückt. Die Zahl der Opfer dürfte lei-
der groß sein. Es wird zur Zeit mit 70 bis 90 Toten geschätzt.
Der Zug hatte gegen 21.00 Uhr bei Palo del Mado in ge-
birgigem Gelände eine Brücke über eine tiefe Schlucht zu
passieren. In dem Augenblick, als der Zug über die Brück-
rolle, entzündete sich ein im Trägersort der Brücke an-
gebrachte Dynamitfabrik. Die Lokomotive, der Postwagen
der Gepäckwagen und zwei Pullmanwagen stürzten in den
Abgrund, wo sie völlig zertrümmert wurden.

Die übrigen Waggonen blieben auf den Schienen stehen, gerieten aber zum Theil in Brand. Wie es heißt, soll im Waggonwagen ein großer Geldtransport untergebracht gewesen sein. Aus drei benachbarten Städten wurden sofort Sittigkeits- und Militär an die Unfallstelle entsandt, die in den ersten Morgenstunden eintrafen. Jedoch war es noch nicht möglich die abgefuhrten Wagen zu bergen. Man nimmt an, daß sie 60 Passagiere und 10 Mann von der Zugwache mit sich in den Abgrund gerissen haben. Noch nicht geklärt ist, ob es sich um einen Unfallschlag auf den Geldtransport oder um ein politisches Attentat handelt. Zur Verfolgung der Täter sind Truppen eingeleitet worden.

Eiferwerder, 9. April. Auf dem Güterbahnhof Dobru-
gk-Richthaus brach beim Ausladen von Zirkuswagen, ein
zu Radearbeiten herangezogener Elefant aus. Der Elefant,
in Muttertier, von etwa 70 Zentner Gewicht, flüchtete auf
Hindena zu. Ein auf dem Felde pflügender Bauer konnte
im letzten Augenblick abhürten und sich auf den Rücken
des Pferdes schwingen, worauf ein aufregendes Wettren-
nen zwischen dem flüchtenden Herbe und dem wild trotzen-
den Elefanten begann, bis es endlich gelang, den Verfol-
gten abzuhalten, der nun querselbst weiter raste, wobei er
Bäume und Zaune niederriß. Alle Bemühungen der her-
beigeeilten Helfer, den Elefanten in die Enge zu treiben,
blieben erfolglos. Radfahrer mußten in die Wälder flüch-
ten, während der Elefant ihre im Stich gelassenen Räder
vertrampelte. Auf seinem weiteren Weg durchschwamm der
elefant kurze Teiche, von denen er fast einen Kilometer
weit ist. Kurz vor Friedersdorf konnte das Tier endlich
von den im Kraftwagen herbeigeeilten Zirkuswärtern ein-
gefangen und an einen Baum gefesselt werden. Der Riese
ließ sich aber wieder los. Er durchbrach ein schweres Scheu-
ter und gelangte so in ein Gehöft, dessen Bewohner in
sein Keller flüchten mußten. In mächtigem Anprall durch-
brach der Elefant schließlich eine 70 Zentimeter dicke Hof-

Der mutmaßliche Mörder der ledigen Luise Strade, der Meister Hermann Fischer, richtig geboren 4. 3. 1907 in Vöngslon (Miedlenburg-Schwerin), konnte bisher noch nicht ergriffen werden, obwohl alle Polizeibehörden unter eifriger Mitarbeit der Öffentlichkeit die Forderung betreiben. Wie an Hand von Zeugniserhebungen und eingegangenen Meldungen ein fliehender angenommen werden kann, hat sich Z. vom Mittag des 1. 4. bis in die Nachmittagsstunden im Verandabereich und Söthener Park ausgehalten, um zwischen 17 und 18 Uhr, also noch vor Entdeckung des Mordes, nochmals in Korbach aufzutreten, offenbar um festzustellen, ob die Tat schon bekannt sei und um aus Gesprächen der Einwohner zu hören, wen man des Mordes verdächtige.

Von dieser Zeit ab ist J. in der Gegend des Latories nicht mehr gesehen worden, wenn auch nach umlaufenden Gerüchten in vielen Dörftchen Verdrächtige gesucht worden sind, auf die Beschreibung des J. passen könnte. Einige dieser Personen wurden festgenommen, mußten aber nach Feststellung ihrer Unschuldigkeit wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Am 2. 4. gegen 10½ Uhr soll J. bei dem Mühlensbesitzer Bräutigam aus Lanbau, der ihn allerdings persönlich nicht kannte, am Wasser gesehen und sich außerordentlich schämen benommen haben. Am 4. 4. soll Bräutigame dem Jäger an dem in der Zeitung veröffentlichten Lichtbild mit Bestimmtheit wiedererkannt haben. Am 2. 4. 1936 soll J. gegen 14 Uhr in Pfieffe bei Spargenberg gebettelt und gegen 20 Uhr ausgehungert in einem Gasthause ein Pfefferd verzehrt haben. Dabei habe er nach den neuesten Zeitungen gefragt, ältere Zeitungen habe er zurückgewiesen. Am 22. Uhr sei er von Pfieffe (Vilschifferode) mit dem Zug nach Waldbappel gefahren.

Als sicher ist anzunehmen, daß es F. gewesen ist, der am 3. 4. 1936 gegen Abend im Fort von Wittershausen, Kreis Hersfeld, von einem Forstbeamten auf einen Hochsitz überascht wurde, auf dem er sich gerade zur Übernachtung aufhielt. Auch der Forstbeamte mußte infolge mangelnden Kenntnisses des Verdächtigen wieder loslassen. Nach seiner Heimkehr erkannte er, zu spät aber mit voller Bestimmtheit an dem in der Presse mit der Personenbeschreibung veröffentlichten Lichtbild des F., wer ihm in die Hände geraten war.

Mit der größten Wahrscheinlichkeit hält sich J. bei Tage in den Wäldern auf, läßt sich wohl auch ein Stück Weges in Kraftwagen mitnehmen oder fährt mit der Bahn weiter. Die allgemeine Fluchtstrichtung verläuft von Norden nach Süden, von Norbath bis in die Rhön. Anscheinend versucht er, nach Bayern, Thüringen oder Hessen zu entkommen. Hauptächlich mit Hilfe der Landbevölkerung, wie Forstbeamte, Waldbarbeiter, Kraftfahrer und Eisenbahnbediente, kann seine Festnahme ermöglicht werden. Nicht eindringlich genug muß jedoch der Bevölkerung zur äußersten Vorsicht und Aufmerksamkeit geraten werden, damit neuer Verbrechen des Mittellosen und Verzagtesten zu rechnen ist.

Bei der Ergreifung des F. wird um sofortige fernmündliche Mitteilung an die LRP-Stelle Rassel gebeten, die ihn sofort abholen lassen wird.

mauer. Erst jetzt gelang es den wartern, das durch die An-
regungen etwas ermattete Tier erneut einzufangen und
wieder an einen Baum zu fesseln. Nach längerer Zeit kam
das Tier schließlich freiwillig zur Ruhe, daß es, an den
Hänger eines Treckers gefesselt, zum Zirkus zurückgebracht
werden konnte.

Reichsfriegertag in Kassel.

Kassel ist vom Führer und Reichszkanzler als ständige Tagungsstätte für die nunmehr alljährlich stattfindenden Reichsriegertage des Deutschen Reichsriegerbundes (RyF) häußernd beistätigt worden. Für 1936 findet der 4. und 5. Juli als Reichsriegertag vorgehen. Vorauf werden Arbeitstagen gehen. Am 2. Juli findet abends im Festsaal der Stadthalle die Begrüßung statt.

Reichsminister Dr. Frank in Genoa.

Reichsminister Dr. Frank wurde im Rathaus in Genua, ein feierlicher Empfang bereitet, bei dem der Oberbürgermeister in einer Ansprache den Gast willkommen hieß, seine Freude über den Besuch Ausdruck gab und die guten Kulturbeziehungen zwischen Italien und Deutschland hervorhob. Reichsminister Dr. Frank dankte in italienischer Sprache für den Empfang und rühmte den guten Eindruck, den er von dieser Reise mit nach Deutschland nehmen werde. Auf Einladung des Präfecten fand nach Kronzniebderlegung ein am Grabbol des Unbekannten Soldaten und am Denkmal der salchsischen Wärtner ein Krühfrüh statt.

Auf einer Tagung der Landesgemeindefeiler der Deutschen Glaubensbewegung in Berlin wurde der Austritt des bisherigen Leiters der Deutschen Glaubensbewegung, Professor Dr. Wilhelm Hauer-Tübingen, und der Austritt seines Stellvertreters Graf Ernst zu Reventlow-Potsdam bekanntgegeben.

Der Großindustrielle Geheimrat Dr.-Ing. e. h. Emil Kirdorf begann am 8. April in bewunderungswürdiger geistiger Frische seinen 89. Geburtstag. Aus seinem leidenschaftlichen Deutschbewußtsein heraus, reichte er sich als einer der ersten deutschen Industriellen in die Front des werdenden Dritten Reiches ein.

Bereinstolender

Kleinkaliber-Schützenverein Spangenberg

Am 2, Oftertag, vorm. 9 Uhr: **Uebungsschießen.**

Denk an die Volkfamilien!

Aufruf zur Einstellung von Familienvätern.

Der Reichsbund der Kinderreichen, der Ehrenföhrer der NSDAP, des rassenpolitischen Amtes der NSDAP, der Chef des Rassen- und Siedlungsbauamtes, der Reichsausschuss für Volksgesundheitsdienst im Reichsministerium des Innern und der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erlassen folgenden Aufruf:

13 Millionen ungeheurer deutscher Kinder, die im Wirtschaftleben nur Verbraucher sind, fehlen heute. Damit ist der natürliche Wiederaufbau unseres Volkes gestört und ein zahlenmäßiges Mißverhältnis zwischen Verbrauchern und Erzeugern entstanden. Dieses Mißverhältnis zwingt heute noch Millionen Menschen zur Erwerbslosigkeit und damit auch zur Verbrauchseinschränkung. Ihre Unterstützung bindet andererseits Mittel, die dem gesunden Wirtschaftsumlauf entzogen werden. Niemand hat an diesem Unglück so wenig Schuld wie diejenigen deutschen Väter und Mütter, die trotz bitterer Not, ja trotz jahrelanger Mißachtung ihre Elternpflicht gewissenhaft erfüllt und unserem Volke vier oder mehr Kinder geschenkt haben: Die kinderreichen Eltern.

Es selbst aber auch niemand so unter der Erwerbslosigkeit wie die kinderreichen Familien. An der Ernährer einer solchen Familie ohne Arbeit, so ist damit nicht er allein betroffen, sondern genau so die Mutter und die Kinder. Schon dann müssen sich diese Familien mehr einschränken als andere, wenn der Vater Arbeit hat, oft müssen die nachwachsenden Geschwister in der Ausbildung zurückgelassen werden, wenn die arbeitsfähig gewordenen älteren Söhne und Töchter keine Berufe, keine Arbeit finden.

Wie verhält sich das erst, wenn der Vater erwerbslos ist? Diese Familien leiden ungleich mehr unter der Arbeitslosigkeit als alle anderen Volksgenossen.

Darin liegt ein Unrecht, aber auch eine Gefährdung des deutschen Nachwuchses, der zu mehr als der Hälfte in kinderreichen Volkfamilien lebt. Zudem wird auch die Fürsorge durch die Arbeitslosigkeit kinderreicher erheblich mehr belastet.

Noch sind unverhältnismäßig viele Väter und erwerbsfähige Angehörige kinderreicher Familien ohne Arbeit! Kinderreichen Familien ihr Fortkommen erleichtern, ist geistlich und dringender Dienst am Volke in einer Zeit, wo dieses um seinen Fortbestand ringt, — ja, es ist völkische Pflicht für jeden Deutschen.

Deshalb rufen wir alle, die Arbeit und Aufträge oder Beihilfen zu vergeben haben, auf: Denkt an die deutschen Volkfamilien, stellt ihre Ernährer, ihre Söhne und Töchter an, gebt ihnen Arbeit oder Beihilfen.

Ihr werdet es nicht bereuen. Denn wer ein guter deutscher Vater ist, der wird mit doppeltem Eifer und doppelter Gewissenhaftigkeit für die Seinen arbeiten. Und im übrigen: eine besondere Bevorzugung wird von kinderreichen Vätern nicht verlangt oder erwartet. Und die Kinder, die in diesen Familien von Jugend auf zu Gemeinschaftsgeist, Eingefügung und Arbeitseifer erzogen sind, sie werden ihre Pflicht erfüllen und sich überall als pflichtbewusste Menschen bewähren.

Abbau der privaten Vorschulen

Reichsminister Ruß hat durch Erlass vom 4. April d. J. angeordnet, daß vom Schulfahr 1936 ab Lernanfänger in privaten Vorschulen und Vorschulklassen nicht mehr aufgenommen werden dürfen.

An dem Erlass heißt es, daß von jedem im grundschulpflichtigen Alter stehenden, gelunden deutschen Kinde grundsätzlich der Besuch der öffentlichen Volksschule verlangt werden müsse. Diese sei die für alle Kinder gemeinsame nationalsozialistische Erziehungsstätte während der ersten Schuljahre. Die Beibehaltung privater Vorschulen und Vorschulklassen widerspreche daher den nationalsozialistischen Erziehungsgrundsätzen.

Soweit Schulanfänger bereits bei privaten Vorschulen oder den Vorschulklassen weiterführender Privatschulen angemeldet sind, werden sie daher wieder abzumelden und bei der zuständigen öffentlichen Volksschule anzumelden sein. Nur falls in Ausnahmefällen die Aufnahme in den öffentlichen Volksschulen außergewöhnlichen Schwierigkeiten begegnen sollte (z. B. wegen etwa notwendig werdender Klassenteilungen) kann die Umschulung bis nach den Sommerferien verschoben werden.

Für den Ausgleich etwa entstehender erheblicher wirtschaftlicher Härten für die Unterhaltsträger der Privatschulen und die frei werdenden Plätze durch geeignete öffentliche Maßnahmen sind weitere Richtlinien in Aussicht gestellt. Mit der Zahlung von Entschädigungen wird jedoch nur in ganz besonders gelagerten Härtefällen gerechnet werden können.

Für die Erstellung von Privatunterricht und den Besuch sogenannter Familienschulen gelten die bisherigen Vorschriften.

Auf private jüdische Vorschulen und Vorschulklassen findet der Erlass keine Anwendung.

Für alle guten Wünsche und Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unseres Sohnes Helmut

danke herzlichst
Walter Kuchler u. Frau

Stadtschule Spangenberg

Der Unterricht beginnt für die Kinder des 2. bis 8. Schuljahres am **Mittwoch, den 15. April, um 8 Uhr**. Die Aufnahme der Schulanfänger findet an demselben Tag um 10 Uhr statt.

Es ist der Impfschein mitzubringen. Von auswärts geborenen Kindern ist der Geburtschein (Familienkammerbuch) vorzulegen.

Der Schulleiter.

Kampf bis zur völligen Vernichtung

Mussolini vor dem Ministerrat.

Rom, 9. April.

Wider Erwarten hat der italienische Ministerrat seine ursprünglich am Sonnabend angelegte Sitzung bereits am Mittwoch abgehalten. Der italienische Regierungschef hat im Verlaufe der Sitzung folgende Erklärung ab: Die herrlichen Siege unserer Soldaten, besonders der Sieg am Vjatskange, die über die von Europäern ausgebildeten, ausgerüsteten und bewaffneten Truppen des Regens errungen wurden, bringen Italien der Verwirklichung seines ersten Heiles näher, um das es nach der Mobilisierung der abessinischen Streitkräfte zu den Waffen greifen mußte — der Sicherstellung seiner Kolonien.

Diese Sicherheit wird mit der vollständigen Vernichtung der militärischen Abteilungen Abessinien vollkommen erreicht sein. Diese Vernichtung kann nicht ausbleiben und wird nicht lange auf sich warten lassen.

Dem Oberbefehlshaber, Marschall Badoglio, allen seinen Mitarbeitern, den nationalen und den Eritrea-Truppen spricht der Ministerrat seine Dankbarkeit und sein Lob aus. An den von unseren Divisionen besetzten Gebieten gaben die eingeborenen Stämme ihre Sympathie Italien gegenüber bezeugt. Sie sind, nachdem sie gegen die Verwüstungen der Ras verteidigt wurden, zu ihrer normalen Beschäftigung zurückgekehrt. Mussolini schloß mit der Feststellung, daß die Moral der Truppen in Ostafrika vollkommen sei. Ein besonderes Lob sei der Flugzeugindustrie und den ihr angegliederten Wirtschaftszweigen für die Steigerung ihrer Erzeugung von Woche zu Woche zu spenden. Der Kampf gegen die Sanktionen werde überall mit Erfolg fortgesetzt.

Die Tagung des Dreizehnerausschusses

Der Dreizehner-Ausschuss des Völkerrundrats ist unter dem Vorsitz des spanischen Delegierten der Vabarrag zu seiner neuen Tagung zusammengetreten, um die Lage im italienisch-abessinischen Konflikt zu prüfen. An der Sitzung nahmen u. a. der englische Außenminister Eden, der französische Außenminister Flandin und der rumänische Außenminister Titulescu teil.

Zu Beginn der Sitzung gab der englische Außenminister Eden eine entscheidende Erklärung gegen die Verwendung von Giftgasen auf dem abessinischen Kriegsschauplatz ab. Eden erinnerte daran, daß auch Italien das Abkommen unterzeichnet habe, das die Verpflichtung enthalte, unter keinen Umständen die Mittel des sogenannten chemischen Krieges anzuwenden. Er warf die allgemeine Frage auf, welchen Sinn Verträge hätten, wenn sie im entscheidenden Augenblick nicht gehalten würden.

Der französische Außenminister Flandin beantragte, die Unterdrückung auf alle begangenen Grausamkeiten auszudehnen, insbesondere auch auf die Abessinien vorgeworfenen Verwendung von Dum-Dum-Geschossen.

Deutsch-polnische Einigung

über den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen.

Warschau, 9. April.

Die zwischen der deutschen und der polnischen Regierung seit einiger Zeit geführten Besprechungen in der Frage der Zahlungen für den Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reichsgebiet haben zu einer Einigung über die Grundzüge für die Begleitung der neu entstehenden laufenden Verpflichtungen und der bisher aufgelaufenen Rückstände geführt.

Deutschland hat sich bereit erklärt, für die laufenden Kosten zunächst bis zum Ende des Jahres 1936 einen begrenzten Monatsbetrag in Devisen zur Verfügung zu stellen. Eine deutsche und eine polnische Kommission von Sachverständigen ist in Warschau zusammengetreten, um Vereinbarungen über die Anpassung des Durchgangsverkehrs an die deutsche Zahlungsfähigkeit zu treffen. Eine weitere Kommission soll sobald wie möglich die Beratung der Einzelheiten für die Auflösung der Rückstände aufnehmen.

Entrechtetes Deutschtum

Die Enteignung des Rigaer Dom-Museums.

Rigaer, 9. April.

Am Dienstag wurden die Räume des Rigaer Dom-Museums versiegelt. Gleichzeitig erfolgte die staatliche Mitteilung, daß das Museum mit allen seinen Sammlungen, die der deutschen wissenschaftlichen „Gesellschaft für die Geschichte und Altertumskunde“ gehören, nunmehr in staatliche Verwaltung übernommen wurde. Ergänzend wird mitgeteilt, daß die lettische Stadtverwaltung dem Rigaer Dom-Museum die von diesem bisher benötigten Räume bei der Domkirche vor einiger Zeit gekündigt hatte. Die Verschläge des Dom-Museums an die Stadtverwaltung von Riga zu einer Einigung wurden von dieser abgewiesen. In diesem Zusammenhang sah sich das Rigaer Dom-Museum kürzlich gezwungen, sich an das lettische Denkmalsamt zu wenden, um die gesetzlich vorgeschriebene Genehmigung der Ueber-

führung des Museums in andere Räume nachzuverlangen. noch das Dom-Museum eine Antwort erhalten hatte, verließ das Denkmalsamt die Räume des Museums und teilte mit, daß das Museum einschließlich aller Sammlungen nunmehr in staatliche Verwaltung übernommen werden würde.

Träger der Zukunft

Ellen! Euer zehnjähriger Junge gehört ins Jungvolk.

Von 10 Jahren an wird der Bimpe in eine deutsche Kameradschaft und in den Jungvolk in den Jungvolk und Blut übergehen. Gerade das Jungvolk hat die größte Verantwortung. Es vermittelt dem Jungen die ersten Eindrücke des politischen Lebens und muß ihm die ersten Lehren für den späteren deutschen Kampf geben. Diese Lehren sind nicht als Zwang, als etwas Ungeheuerliches, sondern als Selbstverständlichkeit anzusehen. Was daher bei der Einweisung der einzelnen Jungen von sich selbst verlangen muß, der Bimpe beim Jungvolk im Dienst. Der Heimeinsatz muß ihm das Wissen und Können im Volk, der Sport die Kameradschaft, und das Geländebild seine Sinne schärfen. Dann zur Hiltzjugend kommt, kann diese sofort mit den Grundlagen schaffen zu müssen. Darum muß jeder deutsche Junge vom 10. Lebensjahre ab sich in den Dienst der Deutschland stellen. Die einheitlich ausgerüsteten Jungvolk der Bimpe sind in 10 Jahren die einheitlich ausgerüsteten Parteigenossen und damit das deutsche Volk.

Eine dramatische Amtsenthebung

Die Absetzung des spanischen Staatspräsidenten.

Madrid, 9. April.

Die Amtsenthebung des seitherigen spanischen Staatspräsidenten nahm einen geradezu dramatischen Verlauf. Nachdem das spanische Parlament die Absetzung des Staatspräsidenten Alcala Zamora beschlossen hatte, begab sich der gesamte Kammervorstand in die Privatwohnung des Präsidenten, um ihm am 11. April Mitteilung von diesem Beschlusse zu machen. Zamora ließ jedoch der Abordnung durch seinen Sohn sagen, daß es kein Befehl gebe, das ihn zwingen könnte, um Mitternacht irgendwelche Mitteilungen entgegenzunehmen.

Daraufhin begab sich der Kammervorstand in das Palais der Republik, die Amtswohnung des Präsidenten, um dort vor dem Generalsekretär Alcala Zamoras einen notariellen Akt über die erfolgte Absetzung des Präsidenten aufzunehmen.

Sodann leitete die Abordnung ins Parlament zurück um Rechenschaft über ihr Vorgehen abzulegen. Darauf wurde der bisherige Landtagspräsident Martinez Barrio aus seiner Wohnung abgeholt, um vor den Abgeordneten den Eid als zeitweiliger Präsident der Republik abzulegen, wobei er von stürmischen Hochrufen der ganzen Kammer begrüßt wurde. Unmittelbar darauf stellte sich die Regierung dem stellvertretenden Staatspräsidenten Don Hieronimo begab sich Barrio in das „Palais der Republik“ um sich dort vom stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden den Chef des Militärkabinetts vorstellen zu lassen, der bereits die Vorstellung des übrigen Personals des Präsidialkabinetts übernahm. Gleichzeitig nahm Martinez Barrio von der Amtswohnung des Staatspräsidenten Besitz. Der Abschluß erfolgte ein nochmaliger Besuch des Generalsekretärs um 2 Uhr morgens beim neuen Staatspräsidenten.

Das Verhalten Alcala Zamoras wird in den Verhandlungen des Parlaments teils ironisierend, teils verurteilend kritisiert. Allgemein ist man sich darüber einig, daß der Abgang des ehemaligen Staatspräsidenten reichlich unangemessen und unwürdig sei.



Spaniens Präsident abgesetzt.

Das spanische Parlament hat mit 238 gegen 5 Stimmen den Staatspräsidenten Zamora zum Rücktritt gezwungen.

Kirchliche Nachrichten.

Gottesdienst in:

Spangenberg

Gründonnerstag

Abends 8 Uhr: Beichte und Abendmahl: Pfarrer Bachmann

Karfreitag, den 10. April 1936

Kollette: Für das Diakonissenhaus in Rassel

Vormittags 10 1/2 Uhr: Pfarrer Höhnndorf

Elbersdorf:

Mittags 1 1/2 Uhr: Pfarrer Höhnndorf

Schnellrode:

Vormittags 9 Uhr: Pfarrer Höhnndorf

Pfarrbezirk Weidelsbach

Voderode 9 Uhr

Weidelsbach 11 Uhr

Vischroderode 12 1/2 Uhr

Pfarrer Dr. Bachmann

Für das freundliche Gedenken aus Anlaß der Konfirmation unserer Tochter Eisel allen Freunden und Bekannten

herzlichen Dank
Familie Heinrich Kerste

Spangenberg, den 9. April 1936

Herzlichen Dank

für alle Blumenpenden, Geschenke und Gratulationskarten, die wir aus Anlaß der Konfirmation unseres Sohnes Lorenz erhielten.

Familie Eckhardt Weisel
„Stadt Frankfurt“

Inserieren bringt Gewinn!